

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 14. Dezember 2009, 17.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 49 und 50 vom 3. und 10. Dezember 2009 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Leibundgut Remo
Stimmzähler	Frau Rüfenacht Andrea und Herr Gnehm Urs
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Buser Madeleine, Caesar Priska, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Kummer Brigitte, Kuster Müller Beatrice, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Rappa Francesco, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Rosser Bruno, Schächli Evelyne, Steinmann Christine, von Arb Peter, Wyss Christoph und Zaugg-Jost Christine
Entschuldigt	Damen und Herren Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Haller Dieter und Rascher Barbara
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. November 2009	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Totalrevision Feuerwehreglement (FwR)	Seite	5
5. Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle	Seite	6
6. Auftrag EVP-Fraktion betreffend verbesserte Steuerung des städtischen Finanzhaushaltes	Seite	7
7. Motion Grüne Freie Liste betreffend Integrationsförderung im Frühbereich	Seite	9
8. Postulat BDP-Fraktion betreffend Nutzung Kornhaus als Jugendherberge	Seite	12
9. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Überzeitenschädigung ab 100 Std. in der Stadtverwaltung	Seite	13
10. Interpellation GFL-Fraktion betreffend „Wie wird die Localnet AG in Zukunft gesteuert?“	Seite	14
11. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2010 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmentzähler	Seite	15
12. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	17

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmenzählerin Rüfenacht Andrea durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. November 2009

Stadtrat Ritter Michael hat eine Korrektur bei seinem Votum auf der Seite 18 in der Zeile 10: „Es ist der **entscheidende einschneidende** Fehler von ...“

Das Original-Protokoll wird entsprechend geändert.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 2. November 2009.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Leibundgut Remo begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass anschliessend an die Stadtratssitzung der Transport zum Sommerhaus mit dem Schulbus organisiert ist. Die Rückfahrt erfolgt nach Absprache. Am 19. Mai 2010 findet das Burgdorfer Wirtschaftsapéro in der Markthalle statt. Referent an diesem Anlass ist Stefan Niedermaier, CEO Stade de Suisse. Weitere Einzelheiten dazu folgen zu gegebener Zeit. Für die heutige Schluss-sitzung wurde das Duo Narrensicher mit Schär Florian und Mathys Bruno als musikalische Unterhaltung aufgeboten. Der Vorsitzende hat bereits einige Konzerte und Auftritte des Duos Narrensicher mitverfolgt. Das Duo verfügt über ein umfassendes Repertoire der besonderen Art. Bedauerlicherweise sind die beiden Herren von gewissen Viren nicht verschont geblieben. Es handelt sich aber nicht um die Schweine- oder Vogelgrippe. Deshalb sind die beiden stimmlich etwas reduziert. Gewisse Lieder mit Jodelinhalt können deshalb nicht präsentiert werden. Die beiden Herren sind Mitglieder des Jodelklubs Wasen. Beste Unterhaltung ist garantiert. Weitere Infos zum Duo findet man unter www.narrensicher.ch

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bemerkt zum Duo Narrensicher, dass Herr Schär Florian neu auf der Geschäftsstelle vom Verein Region Emmental arbeitet. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die Wahl von Probst Andrea als Vize-Stadtratspräsident für das Jahr 2010. Der Gemeinderat (GR) hat heute beschlossen, in der Localnet Arena eine richtige Gastro-Küche einzuplanen. Es gibt also keinen Kiosk, sondern eine Gastro-Küche, bei der auch entsprechend bewirtet werden kann. Die Gastro-Küche ist sehr sinnvoll und entlastet die Betriebsrechnung. Der Einbau der Gastro-Küche kann ohne die Defizitgarantie umgesetzt werden. Der zukünftige Betriebsleiter hat ambitionöse Pläne. Bei einer Arena mit 800 Zuschauerplätzen ist es sinnvoll. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass im GR eine Grundsatzdiskussion zum Stadtmarketing stattgefunden hat. Wie soll das Stadtmarketing positioniert, was soll angepackt und wo sollen die Schwerpunkte gesetzt werden? Die Standortstrategie enthält vier Marketingbereiche und zwar die Wirtschaftsförderung, den Tourismus, das Innenstadtmarketing und Wohnortmarketing. Der neue Leiter des Stadtmarketings, Herr Born Christof, ist jetzt angekommen, hat die Situation analysiert, seine Möglichkeiten ausgelotet und kommt zusammen

mit dem GR zu folgenden Schlüssen: Das Stadtmarketing konzentriert die ganzen Marketinganstrengungen in den nächsten drei Jahren auf das Thema Stadtleben. Damit sollen mehr Leute in unsere Stadt gebracht werden. Während den Ladenöffnungszeiten sollen gezielte kleinere und grössere Aktionen sowohl in der Unterstadt als auch in der Altstadt geplant werden. Hier herrscht der grösste Handlungsbedarf. Unsere Innenstadt muss besser frequentiert sein. Mehr Leute stärken den Detailhandel und das ist wichtig. Herr Born Christof betreut jetzt noch bis im März 2010 die laufenden Geschäfte des Stadtmarketings und knüpft seine Kontakte. Danach kommt der Marketingassistent zurück und dann wird Herr Born Christof eine Reihe von konkreten Aktionen anpacken. Der GR stellt ihm dafür ein Budget bereit. Im Herbst, also genau ein Jahr nach seinem Stellenantritt wird der Leiter Stadtmarketing erste Bilanz ziehen, will sich messen lassen und dem GR vorschlagen, mit welchen konkreten Projekten er weiterfahren will, welche Projekte sinnvoll sind und Menschen in unsere Stadt gebracht haben. Die Innenstadt und insbesondere die Altstadt brauchen in erster Linie Support. Darauf will sich der GR konzentrieren und die Bemühungen werden ja noch verstärkt durch Pro Burgdorf, das sich ganz spezifisch den Interessen des Detailhandels widmet. Da wollen wir Kraft hineingeben. Man ist zuversichtlich, dass sich Erfolge einstellen werden. Die übrigen Marketingbereiche wie sie in der Standortstrategie formuliert sind, will man auf dem bisherigen Standard weiterführen. Das bedeutet für die Wirtschaftsförderung den guten Kontakt zur Wirtschaft pflegen wie mit unserer Weihnachtskarte an 700 Unternehmungen, mit dem Wirtschaftsapéro vom 19. Mai 2010 und die Firmenbesuche während dem Jahr. Wichtig ist, dass die Wege kurz sind, die Stadt beigezogen wird, wenn Unterstützung nötig ist und die Interessen der Wirtschaft bekannt sind. Das heisst, man will eine Basis des gegenseitigen Vertrauens schaffen. Das ist unser Ziel. Beim Thema Tourismus bleibt das Touristoffice wie bisher als städtische Anlaufstelle aktuell. Gestärkt wird der Tourismus aber im Rahmen des Ementals. Daran bezahlt Burgdorf Fr. 2.-- pro Kopf und davon wird ein Schub erhofft. Im Bereich Wohnortmarketing ist man eigentlich gut unterwegs. Ein vielseitiges Wohnangebot ist vorhanden und weitere Wohnüberbauungen sind in Planung. Burgdorf wird als attraktive Wohnstadt wahrgenommen. Ausserdem hat das Stadtmarketing einen nur marginalen Einfluss auf die Wahl des Wohnorts. Man kommt hierher aus beruflichen Gründen, wählt den Ort, weil er gute Schulen hat, attraktive familienergänzende Betreuungsangebote, etc. Und natürlich spielt auch das Image einer Stadt eine Rolle. Und dort will man ja einsetzen und Burgdorf mit einem lebendigen Stadtleben besser positionieren. In diesem Zusammenhang muss der Auftrag von Stadtrat Haller Dieter erwähnt werden. Sein Auftrag verlangt ein gezieltes Familienmarketing aufzubauen. Der Auftrag ist überfällig. Teile des Auftrages sind auch realisiert, aber im November hätte er definitiv erfüllt werden müssen. Dies war aber unmöglich und auch wenig sinnvoll. Das Stadtmarketing war verwaist und der neue Leiter Stadtmarketing hat seine Aufgabe im Oktober 2009 angetreten. Wie hätte man dies ohne ihn aufgleisen sollen, wenn er danach dafür verantwortlich ist. Die GPK und auch Stadtrat Haller Dieter wurden informiert. Der Auftrag wird im Sommer traktandiert, wenn alle anderen hängigen Vorstösse behandelt werden. Gemäss den Ausführungen kann man bereits jetzt daraus schliessen, dass ein spezifisches Familienmarketing nicht sinnvoll erscheint und auch nicht unbedingt nötig ist. Burgdorf ist bereits familienfreundlich und von Familien bewohnt. Das zeigt die Volkszählung 2000. Burgdorf hat einen überdurchschnittlichen Anteil an Haushalten mit Familien und zwar 28%, gegenüber Bern mit 18% oder Biel, Aarau und Solothurn mit 24%. Burgdorf wird aber die Information für Familien verbessern. Die bisherige Neuzuzügerbroschüre wird als allgemeine Stadtbroschüre herausgegeben mit einem Leitfaden für Neuzuzüger und Menschen, die bereits hier wohnen. Bei der nächsten Auflage werden die bereits bestehenden Kapitel für Familien, Kinder und Jugendliche ausgebaut, wie auch die Website. Es ist schade, dass wir den Auftrag trotz mehrmaligem Verlängern nun doch nicht gemäss Erwartungen erfüllen können. Zudem ist es nicht richtig, dass dieser nicht rechtzeitig behandelt wird. Die Vakanz im Stadtmarketing hat leider dazu geführt. Zudem haben neue Überlegungen vom neuen Leiter Stadtmarketing zur Verspätung geführt. Hoffentlich kann der Auftraggeber dies nachvollziehen. Die Diskussion findet dann im Sommer statt.

Gemeinderat Kolb Martin orientiert über den Erweiterungsbau Pestalozzischulhaus. Die Gerüchte über Baumängel und Planungsfehler häufen sich. Solche Aussagen, zum Teil auch von städtischen Mitarbeitenden und aus stadtnahen Institutionen, sind unschön. Es ist auch undemokratisch, wenn Mehrheitsentscheide von Arbeitsgruppen im Nachhinein nicht akzeptiert werden können. Wenn von Planungsfehlern gesprochen wird, ist dies in einem gewissen Sinn auch ehrverletzend und nicht haltbar. Die Stadt Burgdorf schliesst Verträge ab nach der SIA-Norm 118 und das bedeutet, dass Rügefristen für die Bauherren besser geregelt sind als dies nach OR der Fall ist. Viele Arbeiten sind bis heute noch nicht abgenommen worden. Solange die Garantiefrieten laufen, entstehen der Stadt Burgdorf keine Kosten und auch keine Baumängel. Das Dach ist nicht undicht, sondern hatte für einen Tag

bloss eine undichte Stelle aufgewiesen. Nach Feststellung des Fehlers wurde dieser durch die betreffende Firma beseitigt. Im Übergangsbereich der Sporthalle und dem Zwischentrakt sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Es trifft zu, dass in diesem Zwischentrakt Regenwasser eingedrungen ist. Dies wird aber ebenfalls entsprechend behoben. Dass bei einem 20 Millionen Projekt Lichtschalter oder Handtuchhalter auch einmal auf der falschen Seite montiert werden, ist unschön, aber schlussendlich nur Peanuts. Die Duschböden wurden von der betreffenden Firma mit Kontergefall erstellt und müssen auch auf ihre Kosten entsprechend neu erstellt werden. Das Garderobenlicht sei düster. Es handelt sich um ein Minergiehaus und das bedeutet, dass mit Sparlampen gearbeitet wird. Die Sparlampen brauchen eine gewisse Zeit bis sie maximale Leistung erbringen. Der Hallenboden färbt ab. Der Hersteller empfiehlt in diesem Fall noch einen Monat abzuwarten. Falls die Pigmente weiter abfärben sollten, werde er auf Kosten des Herstellers ersetzt. Die Bodenfarbe wurde im Ausschuss intensiv und mehrfach diskutiert und schlussendlich demokratisch entschieden. Die Bodenfarbe und die Farbe der Spielfeldmarkierungen führen in jeder Konstellation zu einem sogenannten Simultankontrast. Es kann sein, dass gewisse Linien darum übermalt werden müssen. Auch hier hat noch keine Abnahme stattgefunden. Aufgrund von grossen Preisunterschieden hat sich die Arbeitsgruppe aus Spargründen für eine Anzeigetafel auf der Emmeseite entschieden. Auf der Sägegasseseite sind entsprechende Leerrohre eingezogen worden, die später eine kostengünstige Nachinstallation möglich machen. Alle Baumängel werden selbstverständlich bis zur Bauabnahme behoben. Von Planungsfehlern kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein. Es soll nicht immer nach dem Haar in der Suppe gesucht werden. Man soll sich stattdessen über das neue entstehende Raumangebot freuen.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert über das Novum der Lichtenanlage für Fussgänger an der Bernstrasse. Die Überquerung wurde mit einer neuen Lichtenanlage ausgestattet. Es handelt sich dabei um zwei orange Lichter. Wenn ein Fussgänger die Strasse überqueren möchte und den entsprechenden Knopf drückt, beginnen die Lichter zu flackern. Der Automobilist wird damit sensibilisiert. Es handelt sich um eine Sicherheit die eingebaut wurde. Dies wurde im Zusammenhang mit dem Elternrat realisiert.

4. Totalrevision Feuerwehrreglement (FwR)

Stadtrat Ingold Rolf, namens der GPK, orientiert, dass aufgrund einer Teilrevision des kantonalen Feuerschutz- und Wehrdienstgesetzes und die darauffolgenden entsprechenden Verordnungen, welche am 1. Januar 2000 in Kraft getreten sind, das Feuerwehrreglement der Stadt Burgdorf vom April 1996 angepasst werden musste. Dadurch wurde das Reglement dem kantonalen Recht angepasst. Die bereits bestehende Spezialfinanzierung ist ebenfalls im Reglement Artikel 16 aufgenommen worden. Gestützt auf das städtische Kommissionsreglement wurden ebenfalls Anpassungen vorgenommen im Artikel 3 und 22. Die GPK hat sich an insgesamt drei Sitzungen mit den Reglementsentwürfen intensiv auseinandergesetzt. In der Zwischenzeit haben zudem klärende Gespräche zwischen dem Sekretär der GPK und der Beratungsfirma der Stadt Burgdorf stattgefunden. Dem SR liegt nun ein modernes, nach kantonalem Recht und den städtischen Gegebenheiten angepasstes Feuerwehrreglement zur Genehmigung vor. Mit der Genehmigung dieses Reglements bekommt die kompetente Feuerwehrorganisation von Burgdorf den gebührend reglementarischen Rahmen zur Ausübung ihrer Aufgaben und Pflichten. Es brennt zwar immer noch wie früher und es wird motiviert und schnell Hilfe geleistet, aber nun im Rahmen eines aktuellen Reglements. Die GPK empfiehlt dem SR die Genehmigung des Reglements und die Annahme der Anträge des GR.

Gemeinderätin Rechner Beatrix ist erfreut, dass heute das neue Feuerwehrreglement zur Genehmigung vorliegt. Zusammen mit den Anpassungen an das kantonale Recht und die Aufdatierung des städtischen Feuerwehrreglements hat sich die Notwendigkeit der vollständigen Überarbeitung ergeben. Bei dieser Gelegenheit ist nebst der Integration von Anhängen und die Einbettung von Bestimmungen insbesondere auch darauf geachtet, dass das neue Feuerwehrreglement sehr kunden- und bürgerfreundlich verfasst worden ist. Interessenten für Feuerwehrdienstleistungen erhalten nun alle Informationen und Rahmenbedingungen in einem Reglement. Das neue Reglement wurde von der GVB für gut befunden. Der GR beantragt dem SR die Genehmigung des neuen Feuerwehrreglements.

Stadtrat Eberhard Werner, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass es ihn als ehemaliges Mitglied der Feuerwehr- und Zivilschutzkommission besonders freut, dass die Hilfs- und Unterstützungskasse der

Feuerwehr ihren Platz im richtigen Reglement gefunden hat. Als Feuerwehrmann oder -frau kommt man immer wieder zu spannenden Einsätzen, aber es darf nicht vergessen werden, dass ein solcher Einsatz kein Sonntagsspaziergang ist. In der Hektik wird die Unfallgefahr grösser und deshalb erwartet man eine kulante Hilfskasse. Bei der Diskussion der SP-Fraktion zeigten sich Differenzen im Artikel 5 Absatz c. Betreffend der Formulierung zeigten sich verschiedene Ansichten. Die Familienstruktur hat sich in den letzten Jahren verändert und deshalb ist die Anpassung so wohl richtig. Beim Artikel 19 steht, dass er keine Änderung gegenüber dem bisherigen Recht aufweist. Der Streitpunkt ist jedoch immer der Punkt 1c. Es sollte genauer definiert sein wie viele Fehlalarme sich eine Firma leisten kann bis sie Zahlungspflichtig wird. Die SP-Fraktion wird dem neuen Feuerwehrreglement einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Rechner Beatrix teilt mit, dass der erste Fehlalarm gratis ist und danach kostet es etwas.

Beschlussanträge:

1. Das neue Feuerwehr-Reglement (FwR) wird beschlossen.
2. Der Gemeinderat wird unter Vorbehalt des fakultativen Referendums mit dem weiteren Vollzug und der Inkraftsetzung beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo dankt an dieser Stelle der Feuerwehr der Stadt Burgdorf für ihre Einsatzbereitschaft und Tatkraft.

5. Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass traditionell am Ende des Jahres von Seite der GPK die Orientierung des SR über die jährliche Verwaltungskontrolle erfolgt. Aufgrund der verschiedenen Reglemente sind der GPK verschiedene Aufgaben übertragen, die sie zu erfüllen hat, wie die Vorberatung und Vorprüfung aller gemeinderätlichen Stadtratsvorlagen, die Überwachung der Fristen für die Behandlung und die Erledigung von erheblich erklärter Aufträge, Motionen und Postulate, die Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Verwaltung im Auftrag des SR gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements, die Ergebnisprüfung und die Oberaufsicht über den Datenschutz der Stadt Burgdorf. Die Oberaufsicht über die Verwaltung übt die GPK durch periodische Kontrollen aus. Üblicherweise wird pro Jahr eine Direktion der Stadtverwaltung ausgewählt und in Form eines halb- oder ganztägigen Audits untersucht. Damit ist die Verwaltungskontrolle immer eine Momentaufnahme. Sie kann nicht den Anspruch erheben, sämtliche Aspekte einer Verwaltungsdirektion umfassend zu überprüfen. Die GPK fasst über diese Verwaltungskontrolle einen ausführlichen Bericht zu Händen des GR zur sogenannten gutscheinenden Verwendung. Neu hat die GPK diesen Bericht im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit dem GR besprochen, was bereits am 30. November 2009 erfolgt ist. Der SR wird an dieser Stelle über die Ergebnisse der Verwaltungskontrolle orientiert. Die diesjährige Verwaltungskontrolle fand am 20. August 2009 statt. Die GPK besuchte dieses Jahr die Sozialdirektion. Die GPK wurde offen und zuvorkommend empfangen. Zum Einstieg wurde der GPK die Sozialdirektion in einer Kurzpräsentation vom Direktionsleiter Diggelmann Andreas vorgestellt. Anschliessend erfolgten 8 Interviews auf Basis eines vorbereiteten Fragekataloges. Ein zusätzliches Interview mit einem Vertreter der Schulsozialarbeit erfolgte am 27. August 2009 im Rahmen der ordentlichen GPK-Sitzung, weil am 20. August 2009 kein Schulsozialarbeiter befragt werden konnte. Die GPK möchte sich an dieser Stelle bei allen Interviewpartnern für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Offene Fragen wurden im Nachgang noch abgeklärt und bearbeitet. Die Erkenntnisse wurden wie gewohnt in einem Bericht zusammengestellt. Der GR hat diesen Bericht bereits erhalten und dieser wurde wie bereits erwähnt gemeinsam besprochen. Was sind nun die Erkenntnisse aus dieser Verwaltungskontrolle? Die Sozialdirektion war letztmals im Jahr 2002, also vor 7 Jahren, Gegenstand der Verwaltungskontrolle. Das war damals relativ kurz nach dem Wechsel in der Direktionsleitung. In diesen 7 Jahren hat die Sozialdirektion recht grosse Veränderungen durchgemacht. Sie ist seither wegen der Zunahme der Fälle, der Professionalisierung und der Übernahme der Funktion des Sozialdienstes für die Gemeinden Hasle und Oberburg stark gewachsen. Die Sozialdirektion zeigt auf der betrieblichen Ebene ein sehr erfreuliches Bild. Trotz des erheblichen Umbruchs, den die Sozialhilfe in den

letzten Jahren erlebt hat wie mit der Umsetzung des Sozialhilfegesetzes oder der erhöhte Druck wegen des Themas Sozialhilfebetrugs, trotz der anstehenden Umgestaltung im Bereich Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS), trotz der erhöhten Fallzahlen und trotz der mehrfachen internen Reorganisation in den letzten Jahren zeigt sich das Bild eines funktionierenden Betriebes, der seine öffentlichen Aufgaben konstant und soweit durch die GPK fachlich beurteilbar in der notwendigen Qualität erbringt. Die GPK ist fast durchwegs auf motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestossen. Die Führungsebene war zum Zeitpunkt der Kontrolle mit dem fast gleichzeitigen Weggang von zwei Personen im Umbruch. Sowohl in der Abteilung Sozialhilfe wie in der Abteilung EKS stand ein Leitungswechsel bevor. Solche Wechsel führen zwangsläufig und logischerweise bei den Mitarbeitenden zu einer gewissen Verunsicherung, was von den Befragten auch thematisiert wurde. Handlungsbedarf bestehen bei den Pflichtenheften, da nicht alle Mitarbeitenden ein aktuelles Pflichtenheft haben, bei der nicht aktuellen Website und bei den Weiterbildungsmöglichkeiten, da findet sich Optimierungspotential vor allem Richtung Laufbahnplanung, Supervision und Intervision. Weiter besteht Handlungsbedarf beim Datenschutz. Eine massgeschneiderte Weiterbildung wird empfohlen. Ebenso eine Ergänzung des Sozialhilfehandbuches mit Arbeitshilfen zum Datenschutz. Das Sozialhilfehandbuch ist eine ausgezeichnete Grundlage, auch für Aussenstehende. Bei den Räumlichkeiten und dem Archiv besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Durch die Vergrösserung der Sozialdirektion stösst man bei optimal ausgenutztem und funktionierendem Raumkonzept bereits wieder an Grenzen. Bei besserer Finanzlage der Stadt Burgdorf muss wahrscheinlich mittelfristig nach einer anderen räumlichen Lösung für die Sozialdirektion gesucht werden. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Archivierung unproblematisch. Aber im Brandfall ist das Archiv der Sozialdirektion erheblich gefährdet. Aber auch hier wird aus finanzieller Sicht eine gute Lösung schwierig zu finden sein.

Der Stadtrat nimmt die Orientierung zur Kenntnis.

6. Auftrag EVP-Fraktion betreffend verbesserte Steuerung des städtischen Finanzhaushaltes

Seitens der EVP-Fraktion und GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Urech Peter orientiert, dass man gemäss Wortlaut des Auftrages annehmen muss, dass an der gegenwärtigen Finanzmisere die mangelnde Information des GR und die strukturellen Mängel am System Schuld sind. Diese Annahme ist jedoch klar falsch. Zu den drei Stossrichtungen des Auftrages sind zu der schriftlich vorliegenden Stellungnahme zusätzliche Information angebracht. Die heutigen Finanzdaten und der Steuerungsprozess zeigen, dass die Finanzdirektion umfangreiche und umfassende Finanzdaten erarbeitet und diese dem GR und SR auch rechtzeitig zur Verfügung stellt. Mit der Einführung von NPM ab 2006 ist ein massiver Ausbau der Planungsinstrumente erfolgt. Die verschiedenen Instrumente wie Budget, Finanz- und Aufgabenplan und die Legislaturplanung sind zudem bestens miteinander verknüpft. Es sind darin keine erheblichen strukturellen Mängel in der städtischen Finanzplanung zu entdecken. Die gegenwärtige Finanzlage ist vielmehr Ausdruck des politischen Willens des GR und SR und zwar trotz jederzeit verfügbaren und umfassenden Information. Die gesetzlichen Vorgaben verpflichten die Verwaltung und den GR bei den Stadtratsvorlagen in den Anträgen die finanziellen Folgen aufzuzeigen. Es wird immer ausdrücklich darauf hingewiesen, ob eine Ausgabe budgetiert, in der MIP enthalten ist oder einen Nachkredit auslöst. Aus der MIP lassen sich die Folgekosten wie Abschreibungen und Zinsen berechnen. Die Finanzlage der Stadt Burgdorf ist deshalb auch keine Überraschung, sondern entspricht der seit Jahren im Finanzplan aufgezeigten Entwicklung. Die Gremien, welche sich vertieft mit der finanziellen Entwicklung der Stadt Burgdorf befassen, wurden im politischen Konsens auf GR, SR, GPK und Externe reduziert. Die Ergebnisprüfung ist nach wie vor grundsätzlich zweckmässig. Zusätzliche Gremien oder Plattformen ausserhalb der klaren Zuständigkeitsordnung verursachen neue Schnittstellen, verkomplizieren die Abläufe und verwischen die Kompetenzordnung. Dies bringt dem SR kein zusätzlicher Nutzen. Andererseits zeigt die Kritik der EVP-Fraktion aber auf, dass die komplexe finanzielle Steuerung und die Vielzahl an Finanzinformationen offenbar nicht überall wahrgenommen und richtig interpretiert worden sind. Der GR ist deshalb der Meinung, dass die Kommunikation noch verbesserungswürdig ist und schlägt deshalb vor, dass die finanzielle Entwicklung der Stadt als festes Traktandum für die Informationsveranstaltung des SR gilt. Die geforderte spezielle Arbeitsgruppe wie zum Beispiel bei der Verzichtsplanung können bei Sonderthemen nichtständige Kommissionen eingesetzt werden. Institutionalisierte Plattformen braucht es nicht. Der GR empfiehlt deshalb dem SR den Auftrag in der vorliegenden Formulierung mit der Ziffer 1 bis 3 abzulehnen und den Wortlaut des GR zu überweisen.

Antrag GR

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Stadtrat an der jährlichen Infositzung im August über den aktuellen Stand des Finanzhaushaltes und seine Entwicklung sowie über wichtige Instrumente der Steuerung zu informieren.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass die Erarbeitung dieses Vorstosses unter dem Eindruck der Localnet-Abstimmung und dem mit diesem Geschäft verknüpften finanziellen Wunschzettel der politisch Verantwortlichen zu sehen ist. Diese Abstimmung beförderte ein gewisses Unbehagen, eine latente Irritation über die finanziellen Auswirkungen des politischen Prozesses an die Oberfläche. Nämlich, dass die finanzkompetenten Organe und damit schliesst man den SR genauso mit in die Verantwortung ein, ihre Entscheide und spontanen Vorstösse nicht immer auf eine nüchterne längerfristige Investitionsplanung abgestützt haben. Damit geht es mit dem Vorstoss keineswegs eine Schuldzuweisung an die Adresse des GR und der Finanzdirektion. Die EVP-Fraktion wollte dem GR und der Finanzdirektion nicht an den Karren fahren und versteht das Replik. Diese machen ihre Sache bestimmt gut. Mit dem Vorstoss und deshalb hat sich die EVP-Fraktion bewusst die Form des Auftrages gewählt, will man vielmehr die Diskussion, wie sich die finanzpolitischen Prozesse der Stadt optimieren lassen, anstossen. Der EVP-Fraktion geht es nicht darum, sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen und den Status quo zu feiern. Nun könnte man sagen, wir trügen der ausgeklügelten Mechanik der vorhandenen Finanzsteuerungsinstrumente nicht Rechnung und wählten die falsche Form, um dieses Thema aufzuarbeiten. Gerade die vorhandenen Instrumente haben die anstehenden Projekte Casino und Markthalle erst im Zusammenhang mit der Localnet-Abstimmung aus der zu erwartenden Finanztüte gezaubert und die Investitionsspritzen bei der Eisportstätte lange Zeit nicht in ihrem tatsächlichen Ausmass dargestellt. Wir müssen dem GR insofern in seiner Aussage zustimmen, dass die gegenwärtige Finanzlage nicht das Ergebnis fehlender Finanzplanungsdaten ist. Es liegt im Wesen unserer politischen Strukturen, dass die politischen Verantwortlichen und nicht nur auf kommunaler Ebene, allzu oft aus einer fokussierten und parteipolitischen Optik agieren, im Wissen darum, dass sie die finanziellen Konsequenzen ihres Tun kommenden Generationen übertragen. Der Auftrag enthielt allerdings schon auch die Erwartung an den GR, wie mit neuen kreativen Ansätzen, den georteten Defiziten begegnet werden könnte. Gerade die Verzichtsplanungsgeschichte hat uns zu der Frage nach einer Plattform in Form einer Kommission geführt. Der GR will nun die Informationspolitik verbessern. Die EVP-Fraktion möchte allerdings beliebt machen, den Punkt 2 des Auftrages stehen zu lassen. Diese Information sollte unbedingt auch für Vorstösse des SR zur Verfügung gestellt werden, mit der neuen Regelung, wonach Vorstösse schriftlich beantwortet werden müssen, ist dies durchaus auch umsetzbar. Der Wortlaut des GR als Ultima Ratio würde die EVP-Fraktion jedoch mit einem Zusatz erweitern. Im Moment wird am unveränderten Auftrag festgehalten.

Antrag EVP

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Stadtrat an der jährlichen Infositzung im August über den aktuellen Stand des Finanzhaushaltes und seine Entwicklung sowie über wichtige Instrumente der Steuerung zu informieren. ***Er stellt dem SR die Mittelfristige Investitionsplanung (MIP) quartalsweise in aktualisierter Form zu.***

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass man sich selbstverständlich ebenfalls um den Finanzhaushalt von Burgdorf Sorgen macht. Stadtrat Aeschlimann Martin hat es ausführlich geschildert. Es stellt sich die Frage was wichtig ist. Bei den periodischen Treffen sieht es nach einem runden Tisch aus. Solche runde Tische bringen zwar etwas, aber dort können keine Entscheide fällen. Deshalb ist die Infoveranstaltung des SR im August das richtige Gefäss. An dieser Infoveranstaltung sollen die Finanzen ein festes Traktandum werden. Die GFL-Fraktion bittet, dass es eventuell ein zweites Gefäss benötigt. Es wäre aber auch wichtig, dass alle Mitglieder des SR an der Infoveranstaltung teilnehmen. Die Herren Hofer Peter und Urech Peter stehen bei Fragen zur Verfügung. Beim Punkt 2 geht es um das neue Gefäss. Früher gab es die Finanzkommission. Eine solche Finanzkommission könnte die Vorlagen jeweils prüfen. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde die Finanzkommission abgeschafft. Die GFL-Fraktion möchte dies nicht mehr. Die GFL-Fraktion lehnt das neue Gefäss ab, weil es keine Entscheidungsbefugnis hat. Die Infoveranstaltung im August ist gut. Die Planung der Finanzstrategie liegt beim GR. Es soll überprüft werden, ob es nicht sinnvoll wäre eine zweite Informationsveranstaltung vorzusehen. Zudem ist NPM für viele im SR neu. Es wäre deshalb

begrüssenswert, wenn pro Legislatur einmal eine NPM Information stattfinden könnte. Die Punkte 1 bis 3 werden abgelehnt. Der Antrag des GR wird unterstützt.

Stadtrat Gübeli Thomas, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag des GR unterstützt wird. Die BDP-Fraktion teilt zwar die Besorgnis über die städtische Finanzplanung, aber man ist gegenwärtig der Meinung, dass es keine neue finanzpolitischen Instrumente und Abläufe braucht. Die BDP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag des GR.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, dankt für den Denkanstoss zu den Finanzen. Es ist dem Parlament, den Fraktionen und Parteien ihr Job während dem ganzen Jahr aufmerksam und kritisch die vorgelegten und auch nicht vorgelegten Geschäfte zu verfolgen. Die SP-Fraktion hat seit dem Sommer die Finanzen begutachtet und ohne Probleme die Mittelfristige Investitionsplanung erhalten. Auf Anfrage wurde der SP-Fraktion diese auch von der Finanzdirektion und dem GR näher erläutert. Deshalb ist der Punkt 1 und 2 des Auftrages bereits gewährleistet. Es ist immer noch ein Vorstoss hängig. Die SP-Fraktion ist immer noch der Meinung, dass der Finanzbetrag über den der GR selber bestimmen kann, zu hoch ist. Der Punkt 3 wurde so verstanden, dass es die Idee wäre, die Finanzplanung vom Legislaturfahrplan abzukoppeln. Dies wäre eigentlich eine interessante Idee, aber es ist unklar wie man das machen soll. Runde Tische wurden bereits umgesetzt. Die SP-Fraktion ist bereit über eine solche Lösung zu diskutieren. Man ist aber der Meinung, dass dies Sach- und Projektbezogen umgesetzt werden muss. Die nächsten anstehenden Projekte wären die Markthalle und das Casino. Die SP-Fraktion schliesst sich dem Antrag des GR einstimmig an.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass der Auftrag aus den von den Vorrednern mehrheitlich erwähnten Gründen abgelehnt wird. Dem GR wird vorgeschlagen, ob es nicht schlaue einen Vorschlag zu unterbreiten für eine Steuerungskommission. Da ist man nicht ganz der gleichen Meinung wie die GFL-Fraktion. Wahrscheinlich scheitert das Informationsdefizit oder viele denken, dass ein solches vorhanden ist, weil man die komplexen Zusammenhänge nicht versteht. Deshalb wäre wahrscheinlich eine Bündelung der Fachkompetenz innerhalb des SR in einer Kommission gar nicht dumm. Es sollte aber nicht ein zusätzliches Kompetenzorgan sein. Es sollte mehr eine Steuerungskommission sein. Damit kann der GR alle finanzrelevanten Geschäfte einer Kommission übertragen und somit eine bessere politische Abstützung im SR erreichen. Diese Idee wäre durchaus prüfenswert. Die Formulierung des Auftrages wird abgelehnt. Die FDP-Fraktion unterstützt einstimmig den Vorschlag des GR.

Abstimmung

Antrag GR

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Stadtrat an der jährlichen Infositzung im August über den aktuellen Stand des Finanzhaushaltes und seine Entwicklung sowie über wichtige Instrumente der Steuerung zu informieren.

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja und 2 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag des GR.

Antrag EVP

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Stadtrat an der jährlichen Infositzung im August über den aktuellen Stand des Finanzhaushaltes und seine Entwicklung sowie über wichtige Instrumente der Steuerung zu informieren. ***Er stellt dem SR die Mittelfristige Investitionsplanung (MIP) quartalsweise in aktualisierter Form zu.***

Der Stadtrat lehnt grossmehrheitlich den Antrag der EVP ab.

7. Motion Grüne Freie Liste betreffend Integrationsförderung im Frühbereich

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass die Motion im Bewusstsein eingereicht wurde, dass diese bei der Ausführung auch etwas kostet. Man ist jedoch überzeugt, dass die Frühförderung unter dem Strich auch hilft zu sparen. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth hat vorhin

erwähnt, dass die Stadt Burgdorf attraktiv für Familien sein soll. Die GFL-Fraktion ist überzeugt, dass das Angebot der Frühförderung dazu beiträgt. Es ist wichtig, dass das Defizit der Kinder vor Schuleintritt behoben wird damit die Bildung auf einem qualitativ hohen Niveau angeboten werden kann. Die Qualität der Schulbildung leidet häufig unter auffälligen Kindern und zwar sind das Schweizer- und Ausländerkinder. Der Anteil ist wohl in etwa gleich. Die Spielgruppe im Frühbereich ist absolute Prävention. Es handelt sich unter dem Strich um eine kostengünstige Massnahme. Vom Angebot des Bundesamtes für Migration mit der Unterstützung von Gemeinden bei der Erarbeitung eines Konzeptes sollte Burgdorf profitieren. Es geht hier nicht um die Einrichtung einer Spielgruppe, sondern um die Erarbeitung eines flächendeckenden Konzeptes. Das Konzept muss nicht per sofort umgesetzt werden, aber das Konzept wäre parat, wenn man es braucht. Die geplante Spielgruppe im Gyrischachen startet nach den Sportferien. Die Nachfrage ist gross und eventuell muss im Sommer bereits eine zweite Spielgruppe eingerichtet werden. Dabei handelt es sich um eine gute Grundlage zur Erarbeitung des Konzeptes, weil man bereits auf Erfahrungen zurück greifen kann. Der SR wird gebeten, die Motion an den GR zu überweisen.

Gemeinderat Probst Andrea informiert, dass der GR in seiner ursprünglichen Legislaturplanung vorgesehen hat, ein flächendeckendes Konzept für die Frühförderung von Spielgruppenkindern zu erarbeiten. Nach der Überarbeitung seiner Ziele hat der GR nun darauf verzichtet. Der GR ist sich der positiven Wirkung der Frühförderung und dem integrativen Potential dieses Angebots durchaus bewusst. Es wäre im Zuge der nun laufenden Sanierungsstrategie aber nicht tragbar gewesen, diese neue und für die Stadt Burgdorf nicht zwingend zu erbringende Leistung als wiederkehrenden Posten ins Budget aufzunehmen. Bei Personalkosten von rund Fr. 5'000.-- pro Spielgruppe für eine professionelle Förderung der Kinder und augenblicklich zehn laufenden Gruppen in Burgdorf wären jährliche Kosten von rund Fr. 50'000.-- aufgelaufen. Wie in der Motion richtig erwähnt, bietet nun der Bund den Kommunen an, die Hälfte der Kosten in der Einführungsphase zu übernehmen. Für uns würden sich während der ersten zwei Jahre die Kosten also auf Fr. 25'000.-- verringern. Danach aber fallen sämtliche Kosten wieder zu Lasten der Stadt Burgdorf an. Aus diesem Grund erachtet es der GR nicht als sinnvoll, trotz Bundeshilfe auf seinen Entscheid zurück zu kommen. Der GR hält zwar an seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem flächendeckenden Konzept fest, unterstützt aber aus voller Überzeugung das laufende Projekt „Projet-urbain“ im Gyrischachen. Ein Teilprojekt sieht dort die Lancierung einer neuen Spielgruppe vor. Nach dem Start der Spielgruppe „Kinderland“ im Februar 2010 in den Räumen des ehemaligen Kindergartens Gyrischachen können wertvolle Erfahrungen im Bereich der Frühförderung gesammelt werden, die dann zu einem späteren Zeitpunkt durchaus auch weiteren Spielgruppen zugutekommen können. Das Gesuch für die Unterstützung dieses Projekts wurde beim Bund bereits deponiert. Aufgrund der laufenden gesellschaftlichen Entwicklungen erachtet es der GR zudem als wahrscheinlich, dass der Bund sein im Augenblick bis März 2010 befristetes Angebot auch in den folgenden Jahren weiterführt, so dass unsere Stadt auch zu einem späteren Zeitpunkt ein entsprechendes Gesuch stellen könnte. Zudem ist auch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion daran, eine Unterstützung von Frühförderprojekten auf kantonaler Ebene zu prüfen. Die Unterlagen unseres Burgdorfer Projekts stehen ihm dazu bereits zur Verfügung. Aufgrund dieser Ausführungen empfiehlt der GR dem SR, die Motion nicht zu überweisen.

Stadträtin Buser Madeleine, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Überweisung der Motion unterstützt wird. Wenn der SR die Motion an der GR überweist, ergreift Burgdorf die Chance Unterstützung von Fördergeldern und Fachpersonen vom Bund für diese wichtige Arbeit in der Integration von anderen Kulturkreisen abzuholen, auch wenn es die Stadt Burgdorf etwas kosten wird. Wer weiss, wann der Bund erneut bereit sein wird, so ein Angebot zu machen. Burgdorf kann so zeigen, dass Integration nicht nur auf dem Papier besteht, sondern auch gelebt wird. Frühförderung ist für alle Kinder wichtig. Für Kinder mit Migrationshintergrund ist gerade die Förderung im Frühbereich von den motorischen, sprachlichen, kognitiven sowie sozialen Fähigkeiten besonders wichtig und wirkt sich nachhaltig aus für die Zukunft im Schul- und Berufsleben. Sonst wird es vermutlich erst für die zweite oder dritte Generation eine echte Integration möglich sein. Darum macht es Sinn, dass sich die Stadt Burgdorf in diesem Bereich engagiert und unter Mithilfe des Bundes ein Konzept oder Leitfaden erarbeitet. Auch als Ergänzung zum bereits bestehenden und nicht mehr wegzudenkenden MuKi-Deutsch.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass inzwischen nur noch 35 Mitglieder des SR anwesend sind. Das absolute Mehr beträgt neu 18.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, teilt die Meinung, dass in der ersten Lebenszeit wichtige Grundsteine für die individuelle Bildungsbiographie gelegt werden. Ebenfalls gilt der Grundsatz, dass die frühe Förderung für alle Kinder wichtig ist um ihre motorischen, sprachlichen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten zu begünstigen. Die Arbeit der verschiedenen Institutionen, Trägervereinen und Fachstellen wird geschätzt. Genau an diese Interessierte richtet sich die Ausschreibung des Bundes. Die BDP-Fraktion hofft, dass sich diese Gruppen für das Modellvorhaben 1 *Qualifizierung des Fachpersonals und Weiterbildung* sowie für das Modell 2 *Erreichbarkeit bestehender Angebote für die Zielgruppe der sozial benachteiligter Kinder und Eltern* anmelden. Die BDP-Fraktion kann aber zum heutigen Zeitpunkt das Modellvorhaben 3 *Konzeptarbeit, Leitfadenarbeit und Leitbilder* nicht unterstützen. Man ist vielmehr der Meinung, dass Burgdorf nicht bei jedem Pilotprojekt mitmachen muss. Vor allem stört es, dass bei diesem Projektgesuch ein Begleitschreiben beigelegt werden muss, welches aufzeigt, dass der politische Wille für die Umsetzung des erarbeiteten Konzepts vorhanden ist und das mit einer Eigenfinanzierung von mindestens 50%. Dies obschon man die effektiven Kosten nicht kennt. Man soll auf Konzepte von vergleichbaren Städten warten. Danach kann über eine mögliche Umsetzung diskutiert werden. Aus diesen Gründen unterstützt die BDP-Fraktion den Antrag des GR und empfiehlt die Motion abzulehnen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem Vorstoss nicht so leicht getan hat. Es war nicht leicht eine Meinung zu bilden. Die Integration ist eine wichtige öffentliche Aufgabe, welche die FDP-Fraktion immer unterstützt hat. Es gibt aber auch gewichtige Argumente gegen die Motion der GFL-Fraktion. Diese Argumente haben die FDP-Fraktion bewogen, die Motion abzulehnen. Es wird bereits jetzt über einen Ausbauwunsch debattiert und zwar ähnlich wie bei der Debatte über den Ausbau des Angebots der Musikschule. Es steht hier ganz und gar nicht ein Abbau zur Debatte, sondern ein Ausbau. Auch andere Aspekte des Vorstosses sind ziemlich ähnlich. Die GFL-Fraktion schreibt, dass dem ganzen die Überarbeitung der Legislaturplanung zu Grunde liegt. Wieso die Überarbeitung nötig war, weiss die GFL-Fraktion. Der GR hat bei der Überarbeitung der Legislaturplanung eine sanfte Tour vorgenommen und kaum echte Verzichtsmassnahmen beschlossen, sondern nur auf gewisse Ausbausritten verzichtet. Die finanzpolitische Situation der Stadt Burgdorf wird auf das Budget 2011 grössere Auswirkungen haben, wenn echte Verzichte beschlossen werden müssen. Gemäss den finanzpolitischen Bedenken und der Auffassung der FDP-Fraktion sollte das revidierte Legislaturprogramm des GR nicht torpediert werden. Die zur Debatte stehende Summe von Fr. 25'000.-- bis 50'000.-- pro Jahr entspricht nicht der Norm, obwohl man bei jedem Ausbau dieses Argument vorbringen kann. Die FDP-Fraktion bestreitet den Bedarf der Integration in diesem Ausmass. Man ist der Meinung, dass der Bedarf in den verschiedenen Quartieren der Stadt Burgdorf höchst unterschiedlich ist. Im Gyrischachen ist der Anteil der Fremdsprachigen Einwohnerinnen und Einwohner bei rund 30% und von Fremdsprachigen Schulkindern bei 75%. Die Idee einer flächendeckenden Frühförderung erachtet die FDP-Fraktion als nicht gerecht. Die FDP-Fraktion unterstützt die Weiterführung des Projekts „Projet-urbain“ vorbehaltlos. Unter den gegebenen Umständen wird aber der von der GFL-Fraktion geforderte Ausbau nicht unterstützt. Die Weiterführung dieses Projekt wird einer Teilnahme am Modellvorhaben bevorzugt. Die FDP-Fraktion empfiehlt aus diesen Gründen die Ablehnung der Motion.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass die Integrationsförderung sehr wichtig ist, vor allem im Frühbereich, weil dann die grössten Erfolge erzielt werden können. Der Kosten und Nutzen ist gross. Die EVP-Fraktion hat eine kritische Diskussion geführt, vor allem was die Kosten betrifft. Es ist nun exemplarisch dafür, dass wir Geld ausgeben wollen ohne zu überlegen wo wir dies einsparen können. Trotzdem ist die EVP-Fraktion der Meinung, dass man bereit wäre an anderen Orten zu sparen, aber nicht bei der Frühförderung. Die EVP-Fraktion unterstützt die Motion.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion und der EDU, orientiert, dass eine möglichst frühe Förderung von Kindern wesentlich zur Integration beiträgt. Die ersten sechs Jahre sind für Kinder die prägendsten. Die Kinder sollen möglichst früh mit unseren Werten und Normen vertraut werden. Damit haben die Kinder wesentlich bessere Startbedingungen für die Schulzeit. Wie der Information des Bundes entnommen werden kann, ist es eine Auflage, dass die Eigen- oder Drittfinanzierung in der Höhe von 50% selber übernommen werden muss. Zudem ist das Projekt mit der Bundesfinanzierung auf zwei Jahre befristet. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Motionäre abklären müssen, ob eine Drittfinanzierung gefunden werden kann. Die SVP-Fraktion zweifelt daran, dass das Angebot

auch von den Eltern genutzt wird, welche es am nötigsten hätten. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion und die EDU die Motion ab.

Der Stadtrat lehnt mit 18 Nein und 16 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Motion ab.

8. Postulat BDP-Fraktion betreffend Nutzung Kornhaus als Jugendherberge

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass die Bevölkerung äusserst positiv auf das Postulat, vor allem im Zusammenhang mit dem Bericht in der BZ, reagiert hat. Es haben sich sogar Exponenten aus der Wirtschaft gemeldet und sind bereit eine allfällige Trägerschaft zu bilden. Die Herzroute Emmental startet neu in Burgdorf. Die Tourismusorganisationen begrünnen die Idee, ergeben sich doch zusätzliche Vermarktungsmöglichkeiten, wenn die Logiermöglichkeiten ausgebaut werden. Verschiedene Anlässe im Emmental rufen nach günstigen Übernachtungsmöglichkeiten. Reaktionen von der Berner Fachhochschule sind ebenfalls eingegangen. Die Kornhaus-Idee findet grossen Anklang. Das Führungsgremium der Berner Fachhochschule ist an der weiteren Entwicklung des Geschäftes sehr interessiert. Die Berner Fachhochschule, Departement Architektur, Holz und Bau, bietet immer mehr internationale Angebote an. Die Nachfrage nach günstigen Übernachtungen ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. In Zusammenhang mit der Campus Argumentation ergeben sich mannigfaltige Möglichkeiten. Auch bei Sport- respektive Trainingslager von Vereinen besteht die Möglichkeit die Jugendherberge Kornhaus sinnvoll zu vermarkten und zu nutzen. Die Sportinfrastruktur in Burgdorf ist mehrheitlich vorhanden oder im Bau. Adäquate Übernachtungsmöglichkeiten fehlen. Das Übernachten in Zivilschutzanlagen ist nicht unbedingt eine Visitenkarte als Gastgeber-Stadt im Emmental. Die Schweizer Jugendherbergen verzeichneten das bisher erfolgreichste Jahr in der 85-jährigen Geschichte. Die Logiernächte konnten auf knapp 1 Mio. gesteigert werden. Sowohl in den 46 von der Organisation betriebenen Jugendherbergen wie auch in den Franchisebetrieben nahmen die Logiernächte um 7.3% gegenüber dem Vorjahr zu. Der Anteil an Schweizer Gästen lag dabei bei 55.2%. Das Anbieten von umweltfreundlichem Tourismus hat bei den Schweizer Jugendherbergen oberste Priorität. Damit die Anstrengungen im Umweltbereich auch nachhaltig, effizient und nachweislich erfolgen, wird mit ausgewiesenen Partnern aus den Bereichen Umwelt und Energie zusammengearbeitet. Die nächsten Jugendherbergen befinden sich in Bern, Solothurn und Langnau. Burgdorf als Stadt im Emmental muss diese Lücke unbedingt schliessen. Mit einer Jugendherberge Kornhaus lösen wir ein jahrelanges Problem und generieren eine Vielfalt von Möglichkeiten um zusätzliche Besucher nach Burgdorf und ins Emmental zu holen.

Gemeinderat Urech Peter möchte zuerst die erwähnten Investoren von Stadtrat Rappa Francesco erfahren, welche Interesse an diesem Projekt zeigen. Der GR ist sehr daran interessiert das Kornhaus einer vernünftigen Nutzung zuzuführen. Es ist klar, welcher Betrieb auch immer, dieser nicht unter der Führung der Stadt Burgdorf erfolgen kann. Der GR ist insoweit bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Beim Betrieb der Jugendherberge hat die Liegenschaftsverwaltung die Idee bereits angedacht, ist aber nicht abschliessend. Das Kornhaus ist baulich und betrieblich für eine Museumsnutzung konzipiert. Für jede andere Nutzung nachteilig sind die unterschiedlichen Raumhöhen, die vielen Holzsäulen, die kleinen Fenster mit wenig Lichteinfall und die damit verbundenen denkmalpflegerischen Auflagen. Das Kornhaus mit einer Gesamtfläche von rund 2'520 m² ist für eine alleinige Nutzung als Jugendherberge zu gross. Eine Grobkostenschätzung rechnet für die Umbaukosten in der Höhe von 1.8 Mio. Franken. Der Betrieb lässt sich kaum rechnen, denn es überschneidet die betrieblich anfallenden Kosten gegenüber den Einnahmen bei weitem. Andererseits könnte ein seit längerem leer stehendes Haus einer teilweisen Nutzung zugeführt werden. Die Jugendherberge wäre eine Attraktivierung für die Stadt Burgdorf und würde junge Leute nach Burgdorf bringen. In der Nähe hat es keine solche Institution. Das Kornhaus wird ohnehin bei der Sanierungsstrategie des GR mit einbezogen. Der GR empfiehlt die Annahme des Postulates.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Idee einer Jugendherberge in Burgdorf nicht neu ist. Vor sieben Jahren wollte damals ein Verein eine Jugendherberge in der alten Katharinenkapelle umsetzen. Diese Idee musste begraben werden, weil sich die Jugendherberge wirtschaftlich nicht hätte betreiben können. In der letzten Zeit wurden diverse Vorstösse, welche Kosten verursacht hätten, abgewiesen. Es darf nun nicht vergessen werden, dass eine Ausarbeitung eines Konzeptes auch mit Kosten verbunden ist. In Bezug auf das Moratorium des GR muss nun überlegt werden mit welcher Priorität dieses Anliegen behandelt werden soll. Mit dem Kornhaus kann auf

der anderen Seite ein neuer Impuls gesetzt werden. Es muss jedoch festgehalten werden, dass die Jugendherberge selbsttragend sein muss und es nicht Aufgabe der Stadt Burgdorf sein kann die Jugendherberge wirtschaftlich zu betreiben. In diesem Sinn unterstützt die SP-Fraktion das Postulat. Man freut sich auf mögliche Umsetzungsvorschläge auf ein sehr altes Problem von Burgdorf.

Stadträtin Zaugg Christine, namens der FDP-JF-Fraktion, stimmt dem Postulat der BDP-Fraktion zu. Die FDP-JF-Fraktion teilt die Ansicht, dass jeder Versuch das Kornhaus zu beleben fehlgeschlagen ist und deshalb neue Ideen gefragt sind. Eine Jugendherberge würde das touristische Angebot der Stadt Burgdorf stärken. Es ist jedoch nicht eindeutig klar, ob das Kornhaus dazu geeignet ist. Eine Überprüfung der Idee ist es sicher wert. Den Betrieb und die Trägerschaft darf auf keinen Fall durch die Stadt Burgdorf erfolgen. Aus Sicht der FDP-JF-Fraktion sollte das Kornhaus an einen interessierten Betreiber verkauft werden. Der Betrieb einer Jugendherberge ist nicht eine städtische Aufgabe, aber das ist wohl kaum die Ansicht der Postulanten. Wegen baulichen und anderweitigen Besonderheiten wäre eine solche Umnutzung mit beträchtlichen Investitionen verbunden. Ob sich ein entsprechender Investor finden wird, wird sich weisen. Unabhängig vom Ergebnis der verlangten Prüfung ist die FDP-JF-Fraktion der Ansicht, dass sich Burgdorf schon bald von dieser Liegenschaft trennen soll. Es besteht keine Aussicht mehr, dass das Haus durch die Stadt Burgdorf vernünftig genutzt werden kann. Es ist besonders störend, dass der Unterhalt alleine jährlich mehrere Fr. 10'000.-- kostet ohne dass die Bürgerinnen und Bürger etwas davon haben. Die FDP-JF-Fraktion behält sich vor, vom GR den Verkauf der Liegenschaft zu verlangen. Es kann nicht sein, dass so viel öffentliches Geld verbraucht wird für ein weitgehend leer stehendes Haus. Aufgrund dieser Überlegungen wird der Überweisung des Postulates zugestimmt.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass der Vorschlag der BDP-Fraktion ein spannendes und interessantes Angebot ist. Es ist tatsächlich so, dass diesbezüglich im Raum Burgdorf ein Manko besteht. Ein günstiges Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten, auch für Familien, ist in städtischen Räumen dünn gesät. Vor nicht allzu langer Zeit musste eine Schulgruppe, welche die Velostation besichtigte, mangels geeigneter Übernachtungsmöglichkeiten in Burgdorf nach Bern weitergeleitet werden. In Anbetracht der Herzroute, welche ab nächstem Jahr über Burgdorf geht, gewinnt diese Idee zusätzlich an Boden und kommt wahrscheinlich auch zum richtigen Zeitpunkt. Die GFL-Fraktion kann das Anliegen unterstützen. Eine Prüfung ist zum jetzigen Zeitpunkt angebracht. Den Betrieb, mindestens zum Teil, kann über ein Beschäftigungsprogramm umgesetzt werden. Somit könnte ein nicht ganz einfach zu führender Betrieb kostendeckend geführt werden.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass das Postulat unterstützt wird. Aus den bereits erwähnten Gründen handelt es sich um eine bestechende Idee. Das Kornhaus liegt an zentraler Lage. Es ist eine Vision wert. Mit einer Jugendherberge werden nicht nur junge Leute angesprochen, sondern auch ältere Leute. Die EVP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass es keine städtische Aufgabe sein kann die Jugendherberge zu führen.

Der Stadtrat überweist einstimmig das Postulat an den Gemeinderat.

9. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Überzeitenschädigung ab 100 Std. in der Stadtverwaltung Burgdorf

Stadtratspräsident Leibundgut Remo verweist auf die schriftlich erhaltene Stellungnahme des GR.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man teilweise befriedigt ist mit der Stellungnahme des GR. Es ist erschreckend, dass bei 18 Personen die Ampel auf Rot ist und die Überstunden zwischen 101 und 263 Stunden betragen. Die SVP-Fraktion hofft, dass in Zusammenarbeit mit dem Personal und GR diese Anzahl Personen um 50%, also auf 9 Personen, reduziert werden können.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

10. Interpellation GFL-Fraktion betreffend „Wie wird die Localnet AG in Zukunft gesteuert?“

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass man froh gewesen wäre, wenn die Antwort ebenfalls schriftlich vorliegen würde. Dann hätte man nur mit Ja oder Nein antworten können. Die Geschichte der Localnet ist bekannt. Am 17. Mai 2009 wurde zum dritten Mal versucht das innovative und gut strukturierte und geführte Unternehmen zu verhöckern. Dies nur, weil man in Burgdorf viel verpasst oder verhindert hat. Es wurden Wettbewerbe gestartet und die Steuern gesenkt. Dies hat uns Millionen gekostet. Plötzlich fehlt das Geld und man kommt auf die glorreiche Idee noch Aktien zu verkaufen. Der Verkauf eines Energieunternehmens, auch wenn es nur 49% sind, ist falsch. Wer heute Energieaktien verkauft, ist unklug. Die BKW-Aktie ist in den letzten Monaten mehr als 50% gesunken. Dies vielleicht wegen ihrem Kohleengagement in Deutschland. Die BKW hat sich zwar aus diesem Engagemnt zurückgezogen, aber es stellt sich die Frage, ob man sich dort anschliessen will. Wer das Aktienkapital behält, hat Morgen den Steuerhebel für eine nachhaltige Grundversorgung in den Händen. Dies hat das Stimmvolk längst erkannt und zum wiederholten Mal bekräftigt. Wenn der Verwaltungsrat dies nicht ernst nimmt und lieber auf seinen grossen Bruder BKW hört, muss etwas verändert werden. Die GFL-Fraktion erwartet, dass zukünftig die Stadt Burgdorf mit seinen Aktionären in den Vordergrund rückt und nicht Shareholder-Value. Der Verwaltungsrat nennt dies stärken der Region, meint aber Konzentration der Machtansprüche. Im Hintergrund agieren überall die gleichen Akteure. Mit Ausnahme einer Person, welche von Amtes wegen im Verwaltungsrat sitzt. Ansonsten ist kein Mitglied von Burgdorf im Verwaltungsrat. Kein einziges Mitglied des Verwaltungsrates hat sich ernsthaft und nachweislich für einen echten Umbau im Energiebereich ausgesprochen. Die Zeichen der Zeit sind bis jetzt noch nicht erkannt worden. Das Verhalten ist unverantwortlich und nicht mehr tragbar. Die GFL-Fraktion verlangt beim GR, als Vertreter der Aktionäre, bei den nächsten Ersatzwahlen und kommenden Gesamterneuerungswahlen auch Fachpersonen für alternative Energieträger in den Verwaltungsrat zu wählen. Die GFL-Fraktion wünscht aber der Localnet AG auch, dass sie weiterhin so erfolgreich tätig sein kann, etwas mehr grüner wird und zukünftig von einem Verwaltungsrat gesteuert wird, der sich für eine nachhaltige erneuerbare Energiepolitik einsetzt. Die Energieversorgung soll für heute und die kommende Generation gewährleistet sein sowie für die Umwelt und Lebensqualität richtig sein.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bemerkt, dass die Geschichte rund um die Localnet-Abstimmung abgehackt werden kann. Die wirtschaftlichen Erfolge und das hohe Ansehen der Localnet AG in der Bevölkerung sowie in der Branche ist das Ergebnis einer sorgfältigen und vorausschauenden strategischen Führung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung dieser Firma. Daran ändert grundsätzlich das Abstimmungsergebnis nichts. Der GR geht ausserdem davon aus, dass der Verwaltungsrat der Localnet AG trotz Ablehnung des Teilverkaufs und der dadurch erzielbaren strategischen Vorteile weiterhin erfolgreich führen kann. Der Vorwurf der Interpellanten, der Verwaltungsrat missachte die Wünsche der Kundinnen und Kunden, ist fehl am Platz. Ein Handlungsbedarf wie ihn die Interpellanten sehen, besteht aus Sicht des GR nicht. Der GR teilt die Meinung der GFL-Fraktion nicht, dass der Verwaltungsrat der Localnet AG gegen den expliziten Willen des Stimmvolkes von Burgdorf gehandelt hat. Ganz im Gegenteil. Am 12. März 2000 entschieden die Stimmberechtigten der Stadt Burgdorf über eine Initiative zum Verkauf der Industriellen Betriebe Burgdorf (IBB) und den Gegenvorschlag zur Verselbständigung der IBB in Form einer Aktiengesellschaft. Gemäss Botschaft zur Volksabstimmung war es erklärtes Ziel der Verselbständigung, dem Unternehmen die notwendige Flexibilität im Markt zu ermöglichen und gleichzeitig die politischen und finanziellen Interessen der Stadt bestmöglich zu wahren. Die Aktiengesellschaft sollte auch umfassende Kooperationen bis hin zu einer Beteiligung Dritter bis zu maximal 49% erlauben. Der Verwaltungsrat hat in diesem Sinn gehandelt und versucht im Interesse der Localnet AG und der Stadt ihre strategische Position im harten Wettbewerb zu verbessern. Es ist deshalb falsch im Nachhinein, wenn das Stimmvolk anders entschieden hat als noch im Jahr 2000 dem Verwaltungsrat vorzuwerfen, er habe explizit gegen den Willen des Stimmvolkes gehandelt. Zudem haben der GR und der SR dem Geschäft in der Mehrheit zugestimmt. Der Verwaltungsrat der Localnet AG hat nicht den Teilverkauf vorangetrieben, sondern er hat eine ihm unterbreitete strategische Option geprüft, diese aus Sicht der Unternehmung positiv bewertet und sie dem Aktionär zum Entscheid unterbreitet. Es sind keine personellen Massnahmen innerhalb des Verwaltungsrates der Localnet AG nötig. Der GR sieht die zukünftige Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Localnet AG wie heute. Das Hauptgewicht im Verwaltungsrat sollen weiterhin Personen haben, welche sich, wie in den Statuten im Artikel 15 festgehalten, durch besondere fachliche Fähigkeiten für die Wahl qualifizieren. Dies kann auch eine Person aus dem Bereich der alternativen Energie sein. Die Strate-

gie der Localnet AG kann jederzeit mitbestimmt werden. Es müssen seitens des SR Anträge eingebracht werden. Im Energieleitbild sind solche Fragen aufgeführt. Im Zusammenhang mit dem Leitbildprozess werden solche Anliegen erarbeitet.

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

11. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2010

Stadratspräsident Leibundgut Remo dankt dem Stadtratsbüro für die gute Zusammenarbeit und ihren Einsatz. Die beiden Stimmzähler hatten es im vergangenen Jahr nicht immer einfach. Der Dank gilt aber auch den guten Geistern im Hintergrund, nämlich Stadtschreiber Schenk Roman und Henzi Brigitte. Dem GR und SR wird ebenfalls gedankt. Alle Diskussionen sind sachlich und mit gegenseitigem Respekt geführt worden. Das Jahr war für Stadratspräsident Leibundgut Remo ein ganz besonderes. Bei diversen Anlässen wurden diverse Kontakte geknüpft und interessante Leute kennengelernt. Für diese Möglichkeit dankt der Vorsitzende dem SR und wünscht seinem Nachfolger, dass er ebenso gute Erfahrungen sammeln kann. Der Vorsitzende informiert über das nachfolgende Wahlprozedere. Mittlerweile sind es noch 34 Mitglieder des SR. Das absolute Mehr bleibt bei 18 Stimmen. Gemäss Artikel 20 des SR-Reglements entscheidet im 1. Wahlgang das absolute Mehr und im 2. und weiteren Wahlgängen das relative Mehr. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Es wird offen gewählt. Falls ein Ratsmitglied geheime Wahlen verlangt, wird geheim abgestimmt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen fallen ausser Betracht. Im Zweifelsfall entscheidet das Stadtratsbüro. Werden geheime Wahlen verlangt, muss dies rechtzeitig beantragt werden.

➤ **der Präsidentin / des Präsidenten**

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, schlägt Aeschlimann Martin als Stadtratspräsident vor. Warum eignet man sich zum Stadtratspräsident? Weil man in einer Partei ist und nach ungeschriebenen Gesetz turnusgemäss an der Reihe ist. Weil man sich in der Partei verdient gemacht hat. Weil man das Format hat um dieses Amt auszuüben. Stadtrat Aeschlimann Martin erfüllt alle diese Punkte. Er hat es sich in den letzten Jahren verdient gemacht mit seinem Weitblick, Überblick und Durchblick. Er verfügt über eine grosse Akzeptanz weit über die Parteigrenzen hinaus und mit seinem politischen Know-how wird er den SR gut leiten können.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Aeschlimann Martin zum Stadtratspräsidenten gewählt.

➤ **der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten**

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-JF-Fraktion, schlägt Keller Hansjörg als 1. Vizepräsident vor. Stadtrat Keller Hansjörg ist langjähriges Mitglied des SR und hat lange Erfahrung als Präsident der GPK. Er leitet die Sitzungen der GPK sehr gut.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Keller Hansjörg als 1. Vizepräsident gewählt.

➤ **der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten**

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, schlägt Ingold Rolf als 2. Vizepräsident vor. Stadtrat Ingold Rolf ist seit Jahren Mitglied im SR und vertritt verschiedene Kommissionen. Er ist Mitglied der GPK und Fraktionschef der BDP Burgdorf. Für alle diese Tätigkeiten ist ihm der politische Alltag sehr gut bekannt. Er bringt die Eigenschaften mit die von diesem Amt verlangt werden. Letztes Jahr hat die SP die Stadtpräsidentin gestellt und deshalb geht man davon aus, dass die SP die Fraktionsstärke der BDP und die damit verbundene Reihenfolge respektiert. Man hofft, dass sich die SP sowie die anderen Parteien nicht von einzelnen Ansprüchen täuschen lassen. Die BDP-Fraktion als zweitgrösste Partei hofft auf die Unterstützung.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, schlägt Berger Stefan als 2. Vizepräsident vor. Stadtrat Berger Stefan ist seit 2004 im SR und seit 2005 Mitglied der GPK. Er kennt die Abläufe im SR bestens. Er ist bereit, sich in den nächsten zwei Jahren gut auf das Amt vorzubereiten. Er politisiert sachlich und fair. Er ist Unternehmer und betreibt seine Firma in Burgdorf. Er ist Burgdorfer und die Stadt ist ihm wichtig. Zudem hat er einmal um das Amt des Stadtpräsidenten kandidiert. Sein politisches Engagement für Burgdorf ist keine Eintagsfliege. Die SP-Fraktion stellt den Anspruch einmal während der Legislatur von 4 Jahren das Ratspräsidium zu übernehmen. Einmal alle vier Jahr ist ein Viertel und entspricht der Sitzverteilung im Parlament. Nach den Wahlen 2008 hat es ein paar Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments gegeben. Es wurden vor allem Sitze der Bürgerlichen getauscht. Die SP hat ihre Anzahl Sitze behalten können und ist dank der bürgerlichen Umverteilung die grösste Fraktion. Deshalb stellt die SP-Fraktion den Anspruch einmal während der Legislatur den Stadtratspräsidenten stellen zu können. Es ist ein Witz und eine schlechte Idee, wenn die BDP-Fraktion der Meinung ist die Neuverteilung der Ämter auf Kosten der Linken neu zu regeln. Stadtrat Berger Stefan wird den Job mit viel Herzblut und Engagement erledigen. Stadträtin Rüfenacht Andrea stellt den Antrag auf geheime Wahlen.

Antrag Rüfenacht Andrea
Geheime Wahlen

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man von dieser Kampfwahl erst vor Beginn der Ratssitzung erfahren hat. Es sind beide gute und fähige Männer. Es ist aber ein Problem, wenn man von der Regelung und dem Turnus abweicht. Die EVP-Fraktion hat sich kurz besprochen und ist zur Ansicht gekommen, dass sich auf der bürgerlichen Seite einfach die Parteizugehörigkeit geändert hat, aber vom Prinzip her wenig. Aus diesem Grund wird der Vorschlag von der SP-Fraktion unterstützt. Der Turnus muss beibehalten werden.

G e h e i m e W a h l	
Verteilte Wahlzettel:	34
Wahlzettel zurück:	34
Absolutes Mehr:	18
Enthaltung:	1
Stimmen enthalten haben:	Berger Stefan 22
	Ingold Rolf 11

Mit 22 Stimmen wird Herr Berger Stefan als 2. Vizepräsident gewählt.

➤ **von 2 Stimmenzähler**

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, zieht Stadträtin Rüfenacht Andrea als Stimmenzählerin zurück und stellt den Sitz zur Verfügung. Je nachdem was für Vorschläge vorgebracht werden, wird die SP-Fraktion ihren Kommentar dazu abgeben.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, schlägt Urs Gnehm als Stimmenzähler vor.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion, schlägt Rosser Bruno als Stimmenzähler vor.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, schlägt Kalbermatten Susanne als Stimmenzählerin vor. Aufgrund der Parteienstärke hat sie ebenfalls ein Anspruch im Stadtratsbüro vertreten zu sein. Vor allem soll weiterhin im Stadtratsbüro eine Frauenvertretung vorhanden sein.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man Kalbermatten Susanne unterstützen wird.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst wird der erste Stimmenzähler und danach der zweite Stimmenzähler gewählt. Wer das absolute Mehr erreicht, ist gewählt.

Wahl erster Stimmzähler

Mit 23 Stimmen wird Gnehm Urs als Stimmzähler gewählt.

Wahl zweiter Stimmzähler

Stimmen enthalten haben:	Rosser Bruno	16
	Kalbermatten Susanne	16

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert, dass im ersten Wahlgang das absolute Mehr nicht erreicht wurde. Im zweiten Wahlgang zählt das relative Mehr. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Stimmen enthalten haben:	Rosser Bruno	17
	Kalbermatten Susanne	16

Mit 17 Stimmen wird Rosser Bruno als Stimmzähler gewählt.

12. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Dringliche Interpellation GFL-Fraktion betreffend Belastung durch hochfrequente Strahlung und niederfrequente Magnetfelder (Das Büro des Stadtrates lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Dringliche Interpellation BDP-Fraktion betreffend Heizung im Freibad Burgdorf (Das Büro des Stadtrates hat der Dringlichkeit zugestimmt.)
- Dringliche Interpellation BDP-Fraktion betreffend Regionalspital Emmental AG (Das Büro des Stadtrates lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Ausgaben für Projekte während dem Moratorium vom 12. Oktober 2009 bis 31. März 2010

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass das Stadtratsbüro den Bericht und Antrag vom 13. Dezember 2009 betreffend Änderung des Reglements über die Organisation und das Verfahren des Stadtrates verabschiedet hat. Diese Änderung wurde von der GFL-Fraktion beantragt. Das Geschäft wird an der Stadtratssitzung vom 1. Februar 2010 behandelt.

Stadtrat Berger Stefan informiert über die bevorstehenden eXtranacht. Die Vorbereitungen laufen gut. Das Bier ist gebraut, gut und parat. Es sind verschiedene Gerüchte zur eXtranacht im Umlauf. Gemäss Gerüchten sollen mit 5'000 bis 8'000 Teilnehmenden gerechnet werden. Die Verantwortlichen rechnen mit einem ausgeglichenen Budget mit 3'000 Teilnehmenden. Die Stadt Burgdorf beteiligt sich mit Fr. 15'000.-- an der eXtranacht. Die Sommernachtsträume und die Kulturnacht erhalten je Fr. 25'000.--. Damit das Budget ausgeglichen gestaltet werden kann, wird den vielen Unterstützer und Sponsoren gedankt. Es kann ein Spezialticket für Fr. 25.-- gekauft werden. Im Moment läuft die grosse Spendenaktion „Jeder Rappen zählt“. Das OK hat beschlossen, falls der Umsatz stimmt, dass der allfällige Überschuss dieser Aktion zur Verfügung gestellt wird. Wer also an der eXtranacht teilnimmt, macht bereits die erste gute Tat im neuen Jahr. Das OK hofft auf eine rege Teilnahme.

Stadtrat Aeschlimann Martin dankt Stadtratspräsident Leibundgut Remo für seine gute und engagierte Arbeit als Vorsitzender. Er hat die Sache sehr gut gemacht und die Sitzungen souverän geleitet. Die nüchternen, klaren und präzisen Art von Stadtratspräsident Leibundgut Remo war wichtig für die Sitzungen und wurde sehr geschätzt. Er hat sich nicht in Szene gesetzt, sondern konzentriert gearbeitet. Trotzdem hat sein Humor und die treffenden Sprüche für eine Auflockerung im Rat gesorgt. Der Vorsitzende wird nicht ganz arbeitslos, sei es im Beruf oder Privat. Stadtrat Aeschlimann Martin wünscht dem abtretenden Stadtratspräsident für die Zukunft alles Gute und weiterhin viel Erfolg.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, dankt Stadtratspräsident Leibundgut Remo für seine geleistete Arbeit und das Engagement. Er wird an der nächsten Mitgliederversammlung gebührend verabschiedet.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo macht darauf aufmerksam, dass man ihn so schnell nicht los wird, da er Mitglied des SR bleibt.

Stadtrat Ingold Rolf gratuliert Stadtrat Berger Stefan zur Wahl als 2. Vizepräsident. Stadtrat Ingold Rolf macht auf die Sportlerehrung vom 15. Januar 2010 in der Markthalle aufmerksam. Man hofft auf eine rege Teilnahme.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo wünscht allen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins 2010.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll



Remo Leibundgut

Brigitte Henzi

Burgdorf, 14. Januar 2010 / hbr